

PRESSEMITTEILUNG

Wiesbaden, den 10. Dezember 2017

Tag der Menschenrechte: Bildung als Menschenrecht und Basis für Demokratie

Vor genau 70 Jahren wurde die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet. Darin enthalten: Artikel 26 mit dem Recht auf Bildung. Die 2015 von den Vereinten Nationen verabschiedete Agenda 2030 räumt diesem Recht ebenfalls hohe Bedeutung ein. Hochwertige Bildung für alle ist die Basis für eine globale nachhaltige Entwicklung und für demokratische Prozesse weltweit.

Die von den Vereinten Nationen 2015 verabschiedete Agenda 2030 stellt Bildung zusammen mit der Bekämpfung von Armut und Hunger sowie der Gesundheitsfürsorge an die Spitze der 17 Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals – SDG). Nachhaltigkeitsziel 4 verlangt hochwertige Bildung und die Chance auf lebenslanges Lernen für alle Menschen weltweit. Denn Bildung ist die Grundlage für die Erreichung der anderen SDGs. Dass Bildung zudem essentiell für demokratische Prozesse ist, berücksichtigt Ziel 4 ebenfalls.

Auf der anderen Seite geraten in immer mehr Staaten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unter Druck. Zu den Merkmalen rechtspopulistischer Bewegungen im 21. Jahrhundert gehört die anti-intellektuelle Haltung im Namen des ‚Volkes‘, die sich als Generalverdacht gegenüber Wissenschaft und Lehre äußert. Angriffe auf Hochschulen wurden in diesem Jahr unter anderem aus Ungarn, Polen, der Türkei und neuestens Brasilien berichtet.

Besonders dramatisch hat sich die Lage seit dem Putschversuch in der Türkei entwickelt. Hunderte Wissenschaftler wurden suspendiert, entlassen oder in Haft genommen. Die Lehrpläne der Universitäten werden vom Staat diktiert. Nicht wenige der suspendierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler leben nun u. a. in Deutschland im Exil.

Aber auch das EU-Mitglied Ungarn greift massiv in die Akademischen Freiheiten der Hochschulen ein. Mit unverhohlenen antisemitischen Untertönen wurde die international orientierte *Central European University* (CEU) aus Ungarn vertrieben, die nun ihren Lehrbetrieb vor wenigen Tagen nach Wien verlagern musste.

„Damit Länder eine langfristige Zukunftsperspektive entwickeln und demokratische Prozesse funktionieren können, bedarf es mündiger und informierter Bürgerinnen und Bürger. Bildung und Wissenschaft für nachhaltige Entwicklung ist immer auch Bildung für Demokratie“, stellt Dr. Kambiz Ghawami, Vorsitzender des World University Service (WUS), fest. *Bildung wirkt Ohnmachtsgefühlen*

World University Service – Deutsches Komitee e. V., Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd, Goebenstr. 35, 65195 Wiesbaden,
Tel.: 0611-9446170, Fax: 0611-446489, E-Mail: infostelle@wusgermany.de, Web: www.informationsstelle-nord-sued.de

und Zukunftsängsten entgegen. Die Komplexität der Gegenwart kann als Chance begriffen werden. Dies gilt für die Länder des Südens wie auch des Nordens.“, so Dr. Ghawami.

Seit 1920 setzt sich der WUS für das Menschenrecht auf Bildung ein. Die beim WUS angesiedelte Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd betreibt entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit und ist Schnittstelle zwischen Bund, Ländern, Europäischer Union, Bildungseinrichtungen und Nichtregierungsorganisationen (www.informationsstelle-nord-sued.de). Rückfragen bitte an: Dr. Ursula Grünenwald (Tel. 0611-944 6170, Email: infostelle@wusgermany.de).